

# Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 92.

Freitag, den 18. April 1919.

17. Jahrgang.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Sonnabend nachmittag.

## Regierung und Schulpflicht.

Schulpflicht heißt, wie wir bereits früher betonten, nicht nur die Pflicht der Kinder, die Schule zu besuchen, und der Eltern, sie in die Schule zu schicken, sondern auch die Pflicht des Staates, für einen geordneten Schulunterricht zu sorgen. Das sollte vor allem eine Regierung berücksichtigen, die durch die Einführung der Einheitschule, einen verschärften Schulzwang eine besonders hohe Verantwortung auf diesen Gebiete übernimmt. Während des Krieges waren mancherlei Störungen im Schulbetriebe unvermeidlich, besonders infolge Mangels an Lehrern. Diesen Notständen aber hätte man so schnell wie möglich abhelfen sollen; denn unsere einzige Hoffnung bleibt ja, daß ein tüchtiger Nachwuchs Deutschland allmählich wieder emporbringen wird. An Lehrkräften kann es wohl nicht mehr so sehr fehlen, da obendrein die vielen aus Polen und dem Elsaß vertriebenen deutschen Lehrer zur Verfügung stehen. Und das Freimachen der Schulgebäude, die zu Lazaretten und sonstigen militärischen Unterkunftsräumen in Anspruch genommen waren, hätte wohl allmählich, in den fünf Monaten seit Einstellung der Feindseligkeiten, auch geschehen können. Darin hätte eine der ersten Aufgaben der Regierung liegen müssen, zumal der jetzigen, die bei jeder Gelegenheit die Bedeutung der Volksschule so sehr unterrichtet. Es scheint aber, als sei man in Regierungskreisen trotz aller öffentlichen Klagen über die Notstände, die vielfach im Schulwesen herrschen, nicht einmal unterrichtet. Bei der Behandlung über die glücklicherweise abgelehnte Sommerzeit bemerkte der Regierungsvertreter: Damit das allzufrühe Aufstehen die Gesundheit der Kinder nicht schädige, könne man ja den Schulunterricht eine Stunde später beginnen lassen. „Kann man“ wirklich? In Berlin, Breslau und anderen Städten, sind bis in die neueste Zeit Schulgebäude für andere öffentliche Zwecke in Anspruch genommen, in Breslau, das sich eines jezt sozialdemokratischen Schulrats, des früheren Demokraten Haas' erweist, mußte noch dieser Tage in der Stadtverordnetenversammlung verlangt werden, daß wenigstens die geschlechtskranken Soldaten aus den Schulräumen entfernt werden. Infolge solcher Einquartierung in den Gebäuden muß sich der Unterricht mehrerer Anstalten in einer Schule zusammenbringen und in allen möglichen und fast unmöglichen Tages- und Abendstunden stattfinden. Wie sehr der Unterricht darunter leidet, ragen aus den Berichten; und das Familienleben wird auch nicht dadurch gefördert. Die Kasernen aber, in die das Militär doch wohl hineingehört, dienen womöglich anderen Zwecken; in Breslau beispielsweise hat man sie zu kleinen Wohnungen eingerichtet. Der Herr Regierungsvertreter aber meint, „man kann“ den Unterricht beliebig anders legen. Gewiß könnte man das, wenn unsere Schulzustände noch so in Ordnung wären wie unter dem alten System. Jetzt aber, unter der Revolution, muß man schon froh sein, wenn überhaupt noch Unterricht stattfindet, wann und unter welchen Erschwernissen danach darf man nicht fragen.

## Rundschau.

### Kein Talleyrand bei den Friedensverhandlungen.

Berlin, 16. April. Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rausau, gewährte dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ eine Unterredung. Der Besuch warnte den Reichsminister, ob er die Nachrichten in der Presse über die Uneinigkeit der Ministern in Paris gelesen und davon gehört habe, daß man vermute, Deutschland werde diese Uneinigkeit ausnützen, um den einen gegen den anderen auszuspielen. Der Reichsminister entgegnete: Sie wollen mir also die Rolle eines Talleyrand bei den kommenden Friedensverhandlungen aufzwingen. Ich glaube, daß es des Friedensdelegierten einer Nation von 70 Millionen würdiger ist, offen und ehrlich alle Gegner von der Rechtmäßigkeit als dessen zu überzeugen, was wir erstreben, falls durch kleinliches Intriguenpiel die politische Atmosphäre, die noch immer von der ganzen Hebe der Kriegsmächte vergiftet ist, bereits wieder mit neuem Explosivstoff zu erfüllen versucht wird. Was die ökonomische Sanierung der Welt angeht, so muß allen unseren Gegnern gleich viel daran gelegen sein, daß wir die Fähigkeit behalten, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Ebenso wie wir daran interessiert sind, in unsern künftigen Handelsverkehr mit Kontrahenten zu tun zu haben, auf deren Solidarität wir uns verlassen können. Es ergeben sich hieraus für alle Teilnehmer der endgültigen Friedensbesprechungen so viele gemeinschaftliche Interessen, daß bei einigermaßen autem Willen ein Boden für eine ehrliche Verständigung gegeben ist. Ehrliche Verständigung aber bedeutet uns Rechtsfrieden. Ein Talleyrand, der Politik mit Personen und nicht mit Völkern treibt, würde einen solchen jedoch ebenso wenig zustande bringen wie vor hundert Jahren.

### Die Einteilung des Friedensvertrages.

Paris, 15. April. Aus den in den Zeitungen über den Stand der Verhandlungen veröffentlichten Auskünfte geht hervor, daß der Friedensvertrag in zwei Teile getrennt ist:

1. die Friedenspräliminarien mit Deutschland, die einen Artikel enthalten, durch den sich Deutschland verpflichtet wird, im voraus allen Abkommen, die mit seinen früheren Verbündeten abgeschlossen werden, zuzustimmen.

2. die Klausel, die Deutschland nicht direkt betrifft und für deren Unterzeichnung später die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegierten herbeigerufen werden.

Bezüglich der Besetzung des linken Rheinufers, die früher allein durch die Franzosen vorgesehen war, scheint die Meinung zu bestehen, daß die Vereinigten Staaten und England die Mitwirkung für — wie „Petit Parisien“ meint — ein bis zwei Jahre nicht verweigern werden.

### Der Friedensvertrag.

Haag, 15. April. Die amerikanischen Journalisten sind wieder in ihrem Jahressommer; sie können ihren Lesern ungeheure Sensationen aufweisen. So meldet die „United Press“:

Wahrscheinlich wird das Friedensabkommen etwa 75 000 Worte umfassen. Zuerst kommt eine Einladung, worin die

allgemeinen Prinzipien auseinandergesetzt werden, und die anderen prinzipiellen Auseinandersetzungen des Völkerbundes. Deutschland wird sich damit sofort einverstanden zu erklären haben, aber ehe es Mitglied des Völkerbundes werden kann, muß es eine Einladung zum Eintritt erhalten. Die militärischen und maritimen Bestimmungen, sowie solche, die sich auf das Luftwesen beziehen, zählen 12 000 Worte, die Bestimmungen über die Kriegsschadigungen ebensoviel, die Paragrafen bezüglich Eisenbahnen, Wasserstraßen und Häfen etwa 5000 Worte. Den gleichen Umfang haben auch die Bestimmungen über die Grenzregulierung.

Nun kennt die Welt zwar noch nicht den Inhalt, aber die Amerikaner sind befriedigt, sie können die Länge. Das Sensationsbedürfnis der ungeduldrigen Leser ist auf Lage befriedigt.

### Die „Humanität“ über die Saarbeckensfrage.

Bern, 16. April. Zur Regelung der Frage des Saarbeckens schreibt „Humanität“:

Wir erwarten mit einem Gefühl von Grauen und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gut heißen soll, falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblick von einer Aufwallung der Empörung fortgerissen wird.

Nach diesen Kraftausdrücken eines französischen Blattes, und wenn es auch nur die sozialistische „Humanität“ ist, kann man ermaßen, was man uns alles in dem Friedensvertrag zumuten wird, so daß man wohl annehmen kann, daß die als „diplomatische Situationsbericht“ verbreitete Pariser Meldung über die Lösung der Saarbeckensfrage und der des gesamten Rheinlandes wohl der Wahrheit sehr nahe kommt.

### Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Funkverkehrs mit Deutschland.

Amsterdam, 16. April. Neuter meldet aus Paris, daß die assoziierten Regierungen der Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Funkverkehrs mit Deutschland und den neutralen Staaten in beschränktem Umfang zugestimmt haben. Berichte über die Einfuhr müssen auf Lebensmittel beschränkt bleiben, solche betreffend der Ausfuhr dürfen nicht Effekten, und Artikel, deren Ausfuhr infolge der getroffenen Uebereinkünfte verboten ist, angehen.

### Die Blockade gegen Deutschland bleibt.

Bern, 16. April. Eine Note der französischen Regierung an die schweizerische Gesandtschaft in Paris bestätigt, daß die Blockade statte sei. Die Blockadevorschriften finden nur noch gegen Deutschland und Ungarn Anwendung. Bekanntlich hat der Bundesrat schon vor Monaten Schritte getan, um den Verkehr mit allen Staaten, also auch mit Deutschland, wieder aufnehmen zu können. Dieses Begehren ist zurzeit noch unerledigt. Es wurde kürzlich in einer Note an die Ententeregierungen erneut dieses Verlangen geltend gemacht.

### Der Heilige Krieg in Ägypten.

London, 15. April. Es wird jetzt bestätigt, daß in Ägypten die mohammedanische Bevölkerung den Heiligen Krieg gegen England proklamiert hat, und daß auch im Innern des Landes voller Aufruhr herrscht.

## Der Angestellten-Ausstand.

— a. Das Unglaubliche ist geschehen, der Generallstreik der Angestellten Groß-Berlins ist beschlossen und das Wirtschaftsleben weiter der Vernichtung überantwortet; aber so sehr die verantwortliche Zentral-Streikleitung auch Stimmung für die Bewegung zu machen sucht, man merkt überall, daß sie im höchsten Grade unpolär ist und daß eine Reizung besteht, der vom Zentralverband der Handlungsgehilfen ausgehenden Parole unbedingt Folge zu leisten. Jedenfalls macht sich der Aufstand im Straßenbilde, namentlich in der inneren Stadt, lediglich durch vereinzelte Ansammlungen vor den geschlossenen Geschäften und durch die geschlossenen Warenhäuser bemerkbar. Vor einzelnen Depositenkassen kam es allerdings auch gestern wieder bis zu Tätlichkeiten ausartenden Reibereien, doch läßt sich sagen, daß die Erregung in der Bankbeamtenhaft beigelegt ist und eine Versöhnung unmittelbar bevorsteht. Sehr ernst ist dagegen die Haltung der Angestellten der lebenswichtigen Betriebe, die Mittwoch beschlossen, vorläufig von einer Streikbeteiligung absehen zu wollen, während es noch am Dienstag hieß, daß ein Streik überhaupt ausgeschlossen sei. Heute soll eine endgültige Abstimmung entscheiden, doch wird schon jetzt kaum bezweifelt werden können, daß die Wählerheit des Zentral-Verbandes obliegt. Es ist deshalb eher als berechtigt, den nächsten Tag mit allergrößter Besorgnis auch hinsichtlich der Arbeiterhaft entgegenzuschauen. Nebenbei bemerkt sei noch, daß eine seit gestern hier sich aufhaltende Bühnengenossenschaft eine Entschließung angenommen hat, in der den Angestellten die Sympathie der Schauspielerei ausgesprochen worden ist.

\* \* \*

### Verhaftung der Streikleitung des Ruhrreviers.

Essen, 16. April. Heute nachmittag ist die gesamte Streikleitung des Ruhrkohlenreviers, ungefähr 400 Mann stark, in Werden durch Regierungstruppen verhaftet worden. Die militärische Behörde in Essen hatte Kenntnis davon erlangt, daß die Streikleitung für heute eine Delegiertenkonferenz der streikenden Ruhrbergleute abhalten wollte, um über die Streiklage zu beraten. Da die Konferenz unter dem Eindruck des verschärften Belagerungszustandes nicht in Essen tagen konnte, begab sie sich in die Vorstadt Werden, wo in einem ländlichen Versammlungslokal die Konferenz gegen mittag begann. Etwa 400 Delegierte aus dem Ruhrkohlenrevier waren erschienen. Die Regierungstruppen waren den Konferenzteilnehmern von Essen aus mit Maschinengewehren unbemerkt gefolgt.

Als die Konferenz ungefähr eine Stunde gedauert hatte, ertönte von allen Seiten plötzlich heftiges Gewehrfeuer. Die

Konferenzteilnehmer eilten an die Fenster und sahen, wie die bewaffneten Regierungstruppen von den umgrenzenden Hügeln unter andauerndem Gewehrfeuer herabstiegen. Alles ergriff die Flucht, aber in wenigen Augenblicken war das Versammlungs-Gebäude umstellt. Mit erhobenen Armen mußten sich die Konferenzteilnehmer auf die Landstraße begeben. Nur wenigen gelang es, sich durch die Flucht in Sicherheit zu bringen. Die Offiziere der Regierungstruppen erklärten die ganze Konferenz für verhaftet. In geschlossenem Zuge ging es nach Werden, von dort aus wurden die Verhafteten nach Essen gebracht. Bei der Umzingelung des Versammlungsgebäudes wurden eine Anzahl Delegierter mehr oder weniger schwer verletzt. Die Nachricht der Verhaftung der Streikkonferenz verbreitete sich mit Widdeseile in der Umgebung und hat außerordentliches Aufsehen hervorgerufen.

### Beendigung des Streiks im Ruhrrevier.

Essen, 16. April. Wie die Firma Krupp mitteilt, ist der Streik auf ihren Werken völlig erloschen.

### Abflauen des Streiks in Essen.

Essen, 16. April. Die Zahl der Streikenden in der heutigen Frühlicht hat um etwa 10 000 abgenommen, sodas gegen den Höchststand ein Rückgang um 50 000 zu verzeichnen ist. Es streiken heute 117 944 gegen 127 624 gestern. Die Gesamtzahl der Ausständigen in den heutigen drei Schichten betrug 248 918 gegen 253 141 Montag. In allen drei Schichten verminderte sich die Zahl der Ausständigen im Vergleich zum Höchststand um 75 000.

### Der Anfang vom Ende.

#### Der erste Konkurs im Ruhrbergbau.

Bochum, 15. April. Am 14. April ist über das Vermögen der Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, der die Zeche Präsident gehört, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer größer werdenden Forderungen der Bergarbeiterschaft zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abzuwenden war.

## Im Kampfe gegen den Bolschewismus.

### Luftkampf Braunschweig-Hannover.

Braunschweig, 16. April. Heute nachmittag wurden durch hannoversche Bieger hannoversche Zeitungen abgeworfen, die u. a. Mitteilung enthielten, daß die Truppen des Generals wurde sofort im reorganisieren. Die Bieger hatten den Erfolg hatte, daß ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der hannoverschen aufgestiegen war. Die Letzteren sind unverfehrt entkommen.

### Allgemeiner Ausstand in Bremen.

Bremen, 16. April. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, in welcher der Hauptmann von Beerfelde-Berlin sprach, verlas der Vorsitzende eine Bekanntmachung des 21. Rates, der von 12 Uhr nachts den allgemeinen Ausstand erklärte. Sämtliche Arbeiter der großen Werke wie Alt- u. Gef. Weser, Hanja, Lloyd usw. sind heute morgen der Arbeit ferngeblieben, während bei der Maschinenfabrik Franke um 9 Uhr nur ein Teil der Arbeiter das Werk verließ. Der größte Teil der Straßenbahner hat sich dem Ausstand angeschlossen. Das Gas- und Wasserwerk arbeitet weiter.

## Der Bayerische Wirwar.

### Bayerns dritte Regierung.

Augsburg, 15. April. Die bei dem Kampf im Bahnhofsviertel in München an den Gebäuden angerichteten Schäden sind in Anbetracht der Heftigkeit der Kämpfe nicht besonders groß. Plünderungen sind bisher nur vereinzelt vorgekommen. Die Lebensmittelversorgung hat noch keine Stockung erlitten.

Seute ist ein Nachrichtenblatt des neugebildeten Volkzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erschienen, das u. a. folgende Mitteilung des Volkzugsrats enthält:

München, 15. April.

Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens haben in einer Versammlung am 13. beschlossen, den provisorischen revolutionären Zentralrat als nicht mehr bestehend anzusehen. Die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem fünfzehngliedrigen Aktionsauschuß übertragen.

Der Volkzugsrat veröffentlicht ferner ein Flugblatt, in dem der euerungene Erfolg gefeiert und das Klassenbewußte Proletariat zum weiteren Kampf gegen die Reaktion aufgefordert wird.

### Regierungstruppen vor den Toren Münchens.

Nürnberg, 16. April. Vor den Toren Münchens stehen seit gestern mehrere Divisionen Infanterie, die reichlich mit Artillerie versehen sind. Minenwerfer-Abteilungen sind bis dicht an die Stadt vorgedrückt. Der Nachschub von Verstärkungen aus der Richtung Nürnberg steht bevor. Das Gelände rechts und links der Eisenbahn Augsburg-München ist in ein förmliches Heerlager verwandelt. Die militärische Leitung der Regierungstruppen beschäftigt, den Einmarsch nach München konzentrisch zu erzielen.

### Passau spartakistisch.

Nürnberg, 16. April. Passau war gestern abend noch in der Gewalt der Spartakisten. Mit Passau, Deggendorf und Freilassing gibt es keine Telefonverbindung. Wie aus München indirekt gemeldet wird, liegen seit heute früh das Bahnhofsamt und eine Anzahl von Spartakisten besetzter Regierungsgebäude unter Granatfeuer der Regierungstruppen. Die Verstärkungen der Regierungstruppen treffen frühestens heute nachmittag von München ein.

# Weimar.

Weimar, den 15. April 1919.

Nach Erledigung einiger Anfragen folgt die erste Lesung der Vorlage zur

## Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag.

Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfesttag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abgeordneten von Payer (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) eine Aenderung, daß ein allgemeiner Feiertag angeordnet wird, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. In diesem Jahre wird der 1. Mai gefeiert.

Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David: Die Revolution hat der deutschen Arbeiterklasse mit einem Schläge die Erfüllung der Forderung des Achtstundentages gebracht, aber auch bei den anderen Völkern muß der gleiche Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Einrichtungen getan werden, daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Die Pflicht der organisierten Arbeiter auch in den Ländern der Entente ist es, jetzt das in Deutschland Errungene international zu sichern. Noch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volk, aber der erste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. Und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai, dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Die lebende Generation, die draußen in der Heimat diesen Krieg durchlebt hat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinde vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Nur auf der Grundlage des gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr seiner Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden.

Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Auch wir sind selbstverständlich für die sozialen und politischen Fortschritte, für einen gerechten Frieden und für baldige Befreiung der Kriegsgefangenen. Eine andere Frage aber ist es, ob man dazu einen Feiertag einführen muß und ob die gegenwärtige Zeit dazu überhaupt geeignet ist. Welche Kreise unseres Volkes sind angesichts der Lage der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Bußtag einzuführen, durch den unser Volk auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen wird. Die große Mehrheit meiner Parteifreunde ist nicht in der Lage, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Pacht (Dem.): Mit unserem Antrag nehmen wir dem Tag den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Auf welchen Tag wir die Feier verlegen, behalten wir uns vor. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit. Da kann das ganze Volk zu erkennen geben, welchen Frieden es will. Lieber wäre es uns gewesen, es hätte des Abänderungsantrages nicht erst bedurft. Wir dürfen erwarten, daß unsere Regierung, ehe sie in wichtigen Fragen ihre letzten Entschlüsse faßt, die Mehrheitsparteien zur Mitarbeit heranzieht.

Oberkonsistorialrat und Superintendent Dr. Koelisch (Dt. Vpt.): Es wirkt auch in höchstem Grade befremdlich und erstaunlich, daß man in dieser Zeit den Feiertag einführen will. Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. Die Absicht, den 9. November zum Feiertag zu machen, bedeutet im Zusammenhang mit dieser Vorlage eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft. Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Naase (U. S.): Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverbrüderung und Völkeröffnung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Wird unser Antrag abgelehnt, dann steht die Nationalversammlung der Welt... Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht. Wenn der Abgeordnete Koelisch die christlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist es mir nicht klar, inwieweit die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Mai feiertag geweiht sein soll, dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende zu üben, die Andersdenkende ihnen beweisen.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Fall eine Politik treibt, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Strafe, und beantragen namentliche Abstimmung, um vor dem ganzen Land und der ganzen Geschichte festzustellen, wer aus den bürgerlichen Parteien dieses Gesetzes Ungeheuerlichkeit zuspricht.

Abg. Hildebrandt (Soz.): Eine Ablehnung der Vorlage könnte den inneren Frieden nicht herbeiführen. Sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Antrag Payer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teiles der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

In der dritten Beratung wird der Antrag Payer-Müller in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Kaltegesetzes.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis 1. April 1920 eine Regelung der Materie durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß.

Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einarbeitung des Rätegesetzes in den Kaltebau vor.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

Hierauf verliest Ministerpräsident Scheidemann die Osterbotschaft des Reichspräsidenten,

in der es u. a. heißt:

Die Nationalversammlung als die berufene Vertretung des deutschen Volkes hat am 10. 4. mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Regierung maßgebend sein. Wir haben die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes erfüllt. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch abgeperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Festland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Angst zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in letzter Stunde vor Augen halten. Frieden, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, so lange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampf verharren, der uns schwer darniederlegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Den wirtschaftlichen und sozialen In-

teressen-Vertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden, besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden, durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird sich die Regierung immer einsetzen, aber sinnlose politische Streiks müssen zur Beruhigung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten. Schnelliger Friede nach außen, Frieden und Arbeit im Innern sind für uns Lebensfragen. Darum wende ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: Laßt ab von der Selbstzerfleischung, überwindet Euch, tut die Augen auf vor dem Abgrund, arbeitet. Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohin Sie auch gehen während der Pause, die heute in ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht zu Schaden werden.

Der Vorlesung folgte lebhafter Beifall bei allen Parteien. Das Haus geht in die Osterferien. Präsident Scheidemann erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Schluß 3 Uhr.

## Aus den politischen Parteien.

### Tagung des Hauptverbandes der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Hauptverband der Deutschnationalen Volkspartei trat am Dienstag, dem 15. April 1919, zu seiner ersten Tagung seit Begründung der Partei zusammen. Bei einer Anwesenheit von über zweihundert Vertretern wurden die Verhandlungen vormittags 10 Uhr eröffnet. Der Parteivorstandende Staatsminister a. D. Bergt begrüßte die Erschienenen und würdigte es als einen Beweis der Werbekraft des deutschnationalen Gedankens, daß trotz aller ungünstigen Zeitverhältnisse sich so zahlreiche Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands zu der Tagung eingefunden hätten. Große und schwerwiegende Aufgaben habe der Parteivorstand zu lösen. Die heutige Tagung werde sich mit dem endgültigen Aufbau der Partei, der Welfenfrage und dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs und anderen wichtigen Fragen beschäftigen und stelle außerdem die Vortagung für den im Juni zusammen tretenden Parteitag dar. Den ersten Teil der Tagesordnung bildete die Beratung der Parteifragen, über die dann der Parteitag endgültig entscheiden solle. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Abgeordneter Graf erstattete darüber ausführlichen Bericht. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich zahlreiche Vertreter der Landesverbände und Ortsgruppen.

Zu einer Rundgebung von starker Wucht und tiefstem Eindruck gestaltete sich die Erörterung über die Stellung des Parteivorstandes zur Friedensfrage.

Folgende Entschliessung wurde zur Friedensfrage angenommen:

„Mit schwerster Sorge hört das deutsche Volk, daß unsere Feinde von Friedensbedingungen reden, die sich weit von den Grundlagen entfernen, über die unsere Regierung im November 1918 mit ihnen übereingekommen ist.“

Die Deutschnationalen Volkspartei fordert von der Reichsregierung, mit fester Entschlossenheit jeden Friedensvertrag abzulehnen, der die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten versärfert. Zurückzuweisen ist insbesondere jeder Versuch, deutsches Land in Nord und Ost und West in offener oder verdeckter Form loszureißen, die Blockade fortzusetzen zu lassen, uns der für unsere Existenz notwendigen Rohstoffe zu berauben. Unsere gegen alles Menschenrecht zurückgehaltene Kriegsgefangenen müssen sofort in die Heimat entlassen werden. Wirtschaftliche Kollaps, Hunger, Missetat des Volkes, das sich frei von jeder Schuld an diesem Kriege weiß, die Zukunft des Deutschlands, die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel. Die deutsche Regierung darf keinen Gewaltfrieden unterzeichnen, der den Keim künftiger Kriege in sich trägt.“

Die Fortsetzung der Tagung des Hauptverbandes findet am Mittwoch, dem 16. April, statt.

## Politische Tageschau.

— Eine Verfügung über die Heilighaltung des Karfreitags hat der preussische Minister des Innern erlassen. Darin heißt es:

Die bisherige Handhabung der Bestimmungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage entspricht nicht mehr dem heutigen Empfinden. Wenn es auch nicht geboten erscheint, die auf diesem Gebiete geltenden Polizeiverordnungen jetzt allgemein abzuändern, zumal Dringenderes zu tun ist, so erscheint doch ihre freiere, dem modernen Zeitgeist mehr entsprechende Auslegung und Handhabung am Platze. Insbesondere ist meinerseits nichts dagegen einzuwenden, wenn am Karfreitag das Bühnenweihfestspiel „Parfital“ von Richard Wagner, das Christusdrama oder andere Aufführungen dieser Art stattfinden. Im übrigen aber werden Theaterstücke an diesem Tage zu unterbleiben haben, schon mit Rücksicht auf die Wünsche der Bühnenangehörigen, für die der Karfreitag neben dem Bußtag der hergebrachte Ruhetag ist. Ja, gerade, hiernach gelegentlich der Feiertage zu verfahren und die Interessenten entsprechend zu verfahren.

— Deutschnationale Anfrage über den Zwangsunterricht in der französischen Sprache. Die deutschnationalen Abgeordneten Reuhaus, Delze, Linz-Barmen und Dr. Deereberg haben in der Preussischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt:

In mehreren Gegenden des besetzten Gebietes im Westen ist in den Volksschulen der Zwangsunterricht in der französischen Sprache eingeführt und wird durch französische Offiziere überwacht. Was gedenkt die Preussische Staatsregierung gegen diesen unerhörten Eingriff und diese Vergewaltigung zu tun?

— Aufhebung der Gemeindefeit von Koburg-Gotha. Die gemeinsam tagenden Landesversammlungen der Volksstaaten Koburg und Gotha genehmigten einen Staatsvertrag, durch welchen die seit 1826 bestehende Gemeindefeit aufgehoben wird.

## Aus Stadt und Land.

Köslin, den 17. April 1919.

Zum 18. April: Sonnenaufgang 5,00. Sonnenuntergang 7,00.  
Mondaufgang 10,39. Monduntergang 6,03.

— Zum Karfreitag. Mathäus 27, 54. Aber der Hauptmann und die bei ihm waren sprachen: Wahrlich dieser ist Gottes Sohn gewesen. In bitter erster Zeit, während von draußen die Feinde das deutsche Volk vernichten, während im Innern aber Streik, Aufruhr und Vergnügungstäumel dem Volke den letzten Halt rauben, begehen wir diesmal Karfreitag. Der Tag ist nicht ein einzelner Feiertag; er ist der Höhepunkt der Karwoche und nur der, der die Karwoche feierte, kann auch den Karfreitag recht begehen. Immer nur Einzelne eines Volkes sind es überall, die man Karfreitagsschritten nennen kann, nicht die Christen haben das Recht, sich so zu nennen, die am Karfreitag zur Kirche gehen, sondern nur die, die unter dem Kreuz von Golgatha die Worte des Apostel Paulus an sich erfahren haben „ich lebe, aber doch nun nicht ich, sondern Christus lebt in mir“ und: „ich bin mit Christus gekreuzigt“. Möge die Schar der Karfreitagsschritten in unserm Volke immer größer werden zum Segen unseres Volkes, mögen immer mehr und mehr erkennen, daß das Kreuz das Zeichen tiefster Erniedrigung, auch das Zeichen höchster Erhöhung ist, mögen immer mehr und mehr erkennen, daß das Kreuz von Golgatha eine kraftvolle ist. Das deutsche Volk kann Karfreitag nur feiern, nur erleben, wenn es seine Christen erleben und feiern, daß schenke uns Gott.

— Personalien. Versetzt ist der Regierungsbaumeister Klett, bisher beim Meliorationsbauamt in Köslin, an die Regierung nach Stettin als ständiger Hilfsarbeiter des meliorationstechnischen Regierungs- und Baurats für die Provinz Pommern.

— Die Meisterprüfung für das Schmiedehandwerk bestand vor dem Prüfungsausschuss in Köslin mit „gut“ der Schmiedegeselle P. Bötz aus Schivelbein.

— Verhaftet. Unter dem Verdacht, am Tode seiner durch Erhängen aus dem Leben geschiedenen Ehefrau mitschuldig zu sein, wurde gestern der Arbeiter Karl Heidenreich aus der Reichstraße auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen und in das Bezirks-Gefängnis eingeliefert.

— Beschlagnahmt. In den letzten beiden Tagen sind von der Polizei und dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat wieder einige Beschlagnahmungen ausgeführt worden; hauptsächlich handelt es sich um Fleisch, welches aus heimlichen Schlachtungen herrührt und nach außerhalb gehen sollte. Es sind Beschlagnahmt worden 67 Pfd. Kalbfleisch, 4 1/2 Ztr. Schweinefleisch und 60 Pfd. Hammelfleisch. Außerdem wurden 1 Schinken und 30 Würstchen beschlagnahmt. Bei diesen handelt es sich wahrscheinlich um einen Diebstahl, sodas der rechtmäßige Besitzer wieder zu seinem Eigentum gelangen dürfe.

— g. Diebstahl. In der letzten Nacht wurde dem Eisenbahnunterassistenten B., Eisenbahnstraße 9, eine Ziege gestohlen. Das Tier ist dann an den Hausbesitzer B., Kopsbergstraße 13, für 180 Mark veräußert worden, konnte jetzt aber durch die Polizei seinem rechtmäßigen Besitzer wieder zugeführt werden. Der Verkäufer war ein dem B. unbekannter junger Mensch von 17 bis 18 Jahren.

— Der Kösliner Turnverein (e. V.) gegr. 1861 hielt am Mittwochabend in seinem Vereinslokale „Kösliner Festhale“ eine Vorstandssitzung ab, an welcher auch die Dortmunschenschaft des Vereins teilnahm. Die Neueintragung des Vereins ins Vereinsregister wird demnächst erfolgen. Nach einer Aussprache über die Ausgestaltung des Turn- und Spielbetriebes wurden die einzelnen Turnzeiten festgelegt, die nach Ostern wieder in der Turnhalle und auf dem Turnplatz an der Moritzstraße stattfinden sollen. Die Frauenabteilung turnt nach wie vor in der städtischen Mädchenturnhalle, Ringstraße. Der Vorstand beschließt die Errichtung einer Sportabteilung. Die Satzungen dieser Abteilung werden besprochen und genehmigt. Es wird ein Ausschuss gebildet, der weitere Schritte in der Sache tun soll. Am 1. Ostertag findet eine Turnfahrt sämtlicher Abteilungen des Vereins statt. Mit einem Bericht des 1. Turnwart über die Vereinsbücherei und des 1. Gerätewarts über den Gerätebestand des Vereins wurde die Sitzung geschlossen.

— Beratungskstelle für Geschlechtskranke. Die Beratungskstelle für Geschlechtskranke in Köslin (Kaiser Wilhelm-Krankenhaus) ist von jetzt ab nur Montags für Männer und Freitags für Frauen von 12 bis 11 Uhr geöffnet.

— Einen „romantischen Abend“ mit Liedern zur Laute, Viola d'amour, Violine, geten Ciesello und Konrad Berner aus Charlottenburg hier am Dienstag, dem 29. April.

— Jewelin Einbrüche. In Jewelin haben Einbrecher dem Landwirt Albert Voh und einem anderen Fischer Besuche abgestattet. Dem Landwirt Albert Voh haben sie die Speisekammer ausgeräumt und 21 Pfund Schinken und 26 Pfund Wurst geraubt.

— r. Publi. Seinen achtzigsten Geburtstag beging hier am Mittwoch Pastor Gembera, der am 1. April in den Ruhestand trat. Mannigfache Ehrungen legten Zeugnis ab von der alletzlichen Liebe und Verehrung des Gefeierten, der in vollster Mäßigkeit und Ehrlichkeit seinen Lebensabend zugehen konnte. — Zunehmende Unsicherheit und Robei. Am Dienstag nachmittag wurden zwei am Burgwall spazierende Gymnasialen von einer Notte junger Bengel lediglich aus dem Grunde, weil sie (die Gymnasialen), spazieren gingen, während sie (die Bengel) in den Anlagen arbeiten mußten, angerempelt, geschlagen und mit einem Messer bedroht. Nur dem Dazwischentreten Erwachsener war es zu verdanken, daß nichts schlimmeres geschah. Am Abend desselben Tages wurden andere Gymnasialen, die auf dem Heimweg waren, in der Nähe des Marktes ohne Grund angerempelt, und als diese, ohne sich irgendwie zur Wehr zu setzen, im Boagen weiter gingen, rüchlings überfallen und der eine mit einem Schlagring dreimal geschlagen, worauf die Notte, augenscheinlich handelt es sich um dieselbe, wie am Nachmittage, denn auch da zeigte der eine bereits den Schlagring, davon ging. Man ist jetzt hier gegen solche Robeien fast wehrlos, hoffentlich gelingt es aber, diesmal den Täter zu ermitteln und der Bestrafung zuzuführen.

— Kolberg. Der Oberpräsident der Provinz Pommern Lippmann traf gestern in Begleitung des Regierungsrats v. Magdeburg im Automobil hier ein und stattete dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg im Großen Hauptquartier einen Besuch ab. Mittwoch vormittag hatte der Oberpräsident im Landratsamt zwecks Entgegennahme von Wünschen Besprechungen, zu denen der Erste und der Zweite Bürgermeister und Vertreter der politischen Parteien zugegen waren.

— Kolberg. Stadtverordnetenversammlung. Eine lange Aussprache knüpfte sich an die vorgeschlagene Errichtung über den Bau von sechs Arbeiterwohnhäusern, der grundsätzlich zwar von allen Rednern zugestimmt wurde, gegen die aber Bedenken hinsichtlich der Ueberteuerungszuschüsse, der Kanalisationsfrage, der Mietpreise, sowie vor allem in der Richtung geltend gemacht wurden, daß mit dem baldigen Rückfall der Kasernen zu rechnen sei und daß dort dann schneller genügend Wohnungen eingerichtet werden könnten. Die Vorlage wurde schließlich genehmigt. Sie erfordert einen Kostenaufwand von 278 000 Mark, auf die 153 899 Mark Ueberteuerungszuschüsse entfallen; von diesen hat die Stadt ebenfalls einen Anteil zu tragen, so daß die Ausgabe für die Stadt auf 163 183 Mark beläuft.

— Kolberg. Besichtigung der Hindenburgtruppen. Generalfeldmarschall von Hindenburg besichtigte auf dem Münderfelde das hier aufgestellte Freikorps. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich dazu eingefunden. Der Generalfeldmarschall, der mit General von Gröner und einer größeren Anzahl von Offizieren erschienen war, schritt die Front der unter präzisiertem Gewehr stehenden Truppen ab, um dann eine Ansprache an letztere zu richten, in der er seiner Freude über den Geist der Truppe Ausdruck gab. Darauf erfolgte nochmals ein Abschreiten der Front, wobei der Generalfeldmarschall verschiedentlich an Soldaten Fragen nach Alter, Herkunft und so weiter stellte. Zum Schluß der Besichtigung zogen die Truppen in strammem Paradeschritt nach alter preussischer Tradition an dem Generalfeldmarschall vorüber. Man sah den Zuschauern die Freude am Gesicht an, wieder einmal ein straffes, militärisches Bild sehen zu können.

— Stolp. Der Eisenbahner-Streit in Stolp ist, ebenso wie in Danzig, beendet. Die Eisenbahner haben die Arbeit wieder aufgenommen, und der Zugverkehr erleidet keine Beschränkungen. — Bau einer Kreischauffee. Auf Grund einer einhelligen Vorlage beschloß der Kreisrat den Bau einer Kreischauffee Fesert-Benzin.

— Neustettin. Zerstückungswütiger Hebermut hat hier wohl nicht genug zu verurteilende Taten angeht. In Brand gesetzt wurde der kleine Exerzierplatz aufgeführte Viehweidenhof, welcher bis auf den Grund den Flammen zum Opfer fiel, und der Ruhepavillon am See umweit dem Schießstand der Schützenabteilung übriggelassen. Auch die Selterbude in den Anlagen ist mittlerweile beschädigt worden. — Diebstahl. In Galow wurde vorige Woche ein kleineres Schwein gestohlen und sollte in einem Sad wegeschafft werden. Der Sad hatte aber ein Loch und so konnte das geraubte Vorkentier wieder die Freiheit gewinnen, während der Dieb umsonst „gearbeitet“ hatte. — Seine Befähigung in der

Größe von circa 500 Morgen verkaufte Besitzer Wendland in Gelsen für 200 000 Mark an den Leutnant Schulz aus Sachsen.

**Ueberrahm. Ueberfahren und getödtet.** Am Sonntag vormittag wurde von der Eisenbahn bei Arnimswalde ein unbekannter Mann überfahren. Bewußtlos wurde er ins städtische Krankenhaus eingeliefert, wo er bereits gestorben ist. Der Tote war bekleidet mit einem grauen Hut, einem oliven Ueberzieher und einer Joppe. Er war ein großer Mann von 50 Jahren, Haare brünett, leicht ergraut, lidenhafte Zähne.

**Stettin. Streik bei der Pommerischen Provinzial-Zuckerfabrikerei.** Die Arbeiter der Pommerischen Provinzial-Zuckerfabrikerei sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Stundenlohn von zwei Mark (bisher 1 Mark und darüber).

**Stettin. Amerikanische Lebensmittelampfer in Stettin eingetroffen.** Der amerikanische Dampfer „Constancia“ ist in Swinemünde eingetroffen und hat am Dienstag, mittags 1 Uhr, in Stettin angelegt. Er bringt 4000 Tonnen Lebensmittel, hauptsächlich Wehl für Deutschland. Ferner ist der amerikanische Dampfer „Germ“ in Stettin zu erwarten, der ebenfalls viertausend Tonnen Lebensmittel, und zwar vornehmlich Getreide für Deutschland geladen hat.

**Stettin. Die „Inktaen“ Kriegerwitwen.** In den hiesigen Zeitungen kündigt der Kriegerwitwen-Verein (Vorsitzende Frau Anna Petermann) ein großes Konzert an mit rauschender Musik an. Die „Dittes-Zeitung“ schreibt dazu: Nur mit Unterstützung kann man von solchem Vorhaben Kenntnis nehmen. Schon die Wahl des Namens „Kriegerwitwen-Verein“ muß unter diesen Umständen den guten Ruf der übrigen tatsächlichen kriegshinterbliebenen Witwen in der breiten öffentlichen Achtung herabsetzen und zerstören.

**Nowow (Kreis Randow). Plünderungen.** Die Vorkämpfer, die sich hier in der Nähe abgespielt und über die wir seinerzeit berichteten, haben jetzt auch die Nationalversammlung in Weimar beschäftigt. Am 10. April hat nämlich der Abgeordnete Mittelmann an die Reichsregierung folgende Interpellation eingebracht: Am 22. März dieses Jahres erbrachen etwa tausend Plünderer gemeinsam die Kartoffelfelder auf dem Gute Madrense (Kreis Randow), raubten sie in erheblichem Umfange aus und zwangen die Gutverwaltung, Fuhrwerk zum Abtransport der Beute zum Bahnhof Neu-Nowow zu stellen. Etwa zweihundert Plünderer kamen auf dieser Station mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Stettin wegen Platzmangels nicht mit. Die zurückbleibenden Plünderer veranlaßten darauf unter Drohungen der Bahnhofsbeamten die Eisenbahndirektion Stettin zur sofortigen Entsendung eines Sonderzuges zu eruchen. Anstatt entprechendes Polizei- oder Militäraufgebot zu entsenden, wurde tatsächlich der „beantragte“ Sonderzug gestellt, der die Plünderer mit ihrer Beute nach Stettin beförderte. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, um derartige Vorkommnisse, die die ländliche Bevölkerung gewaltigen Plünderungen ausliefern und die Ernährung unseres Volkes aufs schwerste gefährden, in Zukunft unmöglich zu machen?

Die ungeheure Vermehrung der Fälle von Plünderung und Diebstahl machen es tatsächlich nötig, daß endlich energisch eingeschritten wird. Daß es den Räubern aber noch gelingt, sich durch einen Sonderzug abholen zu lassen, überbietet alles, was bisher dagewesen ist. Die Eisenbahndirektion will nichts gewagt haben.

**Grimmen. Ueberfall.** Am Donnerstag nachmittag fuhr der Arbeiter Brüggemann, der in Kirch-Bagendorf ein Lohnfuhrwerk betreibt, nach Vorland und stellte seine beiden Pferde in einer zum Pfarrgehört gehörenden Stallung unter. Als er um zehn Uhr abends den dunklen Stall betrat, um wieder anzuspinnen, wurde er von drei Männern, die sich im Stallumern verborgen hielten, plötzlich angefallen, überwältigt und mit Stockhieben und Fußtritten arg mißhandelt. Die Diebe hatten bereits die Pferde vollständig aufgeschirrt und waren gerade im Begriff gewesen, mit dem einen zu verschwinden. Sie ergriffen die Flucht.

**Straßburg. Eine Dauerfiskung im Rathaus.** Das Bürger-schaftliche Kollegium bewilligte in seiner letzten Sitzung, die von 7 Uhr abends bis 1 Uhr morgens dauerte, unter anderem eine Reihe von Baukosten-Überteueraufschüssen. Da höchstwahrscheinlich ein Teil der Reichswehr nach Straßburg verlegt wird, es aber an Wohnungen für Offiziere fehlt, wurde dem Bau von sechs geeigneten Wohnungen in drei Häusern zugestimmt. Auf Anregung von Deutschnationaler Seite ist von Großpächtern des städtischen Landbesitzes in den Vorstädten gutes Ackerland im Gesamtumfang von 70 Morgen zur Anlage von Pachtgärten zur Verfügung gestellt, weitere 1200 Morgen werden für Kleinfeldungen zur Verfügung stehen.

### Stadtverordneten-Sitzung.

—g. R ö s l i n, den 16. April 1919.

Die Sitzung der Stadtverordneten erschien schier endlos. Was aus allen Begenden des Reiches von den Stadtverordnetenversammlungen berichtet wird, das scheint auch hier in Röslin der Fall zu sein: Aus dem Stadtparlament wird ein **Parlament** im wahren Sinne des Wortes, wird eine **Rede-Körperschaft**. Die Versammlung hatte eine Tageordnung von achtzehn Punkten zu bewältigen, die sämtlich meist nebenächtliger Bedeutung waren, und brauchte dazu über drei Stunden. Da jedem Abgeordneten das Recht der freien Rede zusteht, läßt sich gegen diese „Rede-Grippe“ nichts tun, es sei denn, die Stadtverordneten sich einer eisernen Selbstdisziplin befleißigen. In einigen Städten hat dieses Novum des Redefreiheit bereits dazu geführt, daß die Pressevertreter den Saal wegen der endlosen Verhandlungen verlassen und die Berichterstattung einstellen. Weitschweifige Ausführungen, wie sie die heutige Versammlung brachte, die aller Welt schon seit langem bekannt sind, halten nur von positiver Arbeit ab und unterbleiben besser.

Der kriegerische Geist der vorhergehenden Sitzung war übrigens heute verschwunden. Dafür brachten die Verhandlungen oftmals einen leisen, prächtigen Spott in den einzelnen Ausführungen, sodaß es auch an heiteren Momenten nicht fehlte. Namentlich trat das hervor, als der alte bewilligungsunfreundliche Geist der früheren Stadtverordnetenversammlung auch in der neuen wieder zum Durchbruch kommen wollte und dabei eine treffliche Abfuhr erlebte.

Die Versammlung war besucht von 32 Stadtverordneten. An den Magistratsstischen saßen sieben Mitglieder, sowie die beiden Bürgermeister und der Stadtbaurat. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Zu Beginn der Verhandlung führte Stadtv. Vorsteher Parsch den erstmalig an einer Sitzung der neuen Körperschaft teilnehmenden Stadtv. Baumann ein und verpflichtete ihn durch Handschlag.

Punkt 1 der Tagesordnung betraf die **Wahl eines Bezirksvorstehers.**

Für einen ausscheidenden Bezirksvorsteher wird Fleischermeister Kappel, Fabrikstraße, gewählt.

Zur **Gewährung einer Beihilfe zur Beschaffung eines Films** referiert Stadtv. Kasten. Es handelt sich um einen Propagandafilm von pommerischen Städten und Badeorten, in dem der Stadt Röslin ein Anteil von 350 Metern zugesprochen wird. Die Kosten würden sich auf 500 Mark belaufen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, steht ihr freundlich gegenüber, hält sie aber für die jetzige Zeit für verfrüht und empfiehlt Vertagung. Die Versammlung beschließt demgemäß.

**Errichtung einer provisorischen Badeanlage in der Anabenschule, Moritzstraße.**

Gegenwärtig ist die Stadt ohne Bannbäder, da auch das römische Bad seinen Betrieb eingestellt hat. Das ist, wie Stadtverordneter Kröber richtig bemerkte, ein einzigartiger Zustand für

eine Stadt von 25 000 Einwohnern. Es soll deshalb in der Anabenschule ein Provisorium geschaffen werden, das 10 000 Mark kosten würde. Zu den in der Schule bereits vorhandenen fünf Brause- und zwei Bannbädern würden weitere vier Bannbäder treten, sodaß täglich je fünfzig Brause- und fünfzig Bannbäder abgegeben werden können. Die Rentabilitätsberechnung schließt mit einer Einnahme von 6500 Mark und einer Ausgabe von 11 540 Mark jährlich.

Stadtbaurat Paulmann macht noch darauf aufmerksam, daß es sich nur um ein Provisorium handelt und daß für das neue Volks-Bad in der Bismarkstraße eine Baustelle in Aussicht genommen sei, die sowohl technisch als auch hinsichtlich der Lage allen Ansprüchen genüge.

Die Vorlage wird angenommen.

### Bildung eines Wohnungsfonds.

Bei der Behebung der Wohnungsnot und Aufstellung größerer Wohnungen in kleinere war man bisher auf die Gutmütigkeit der Hausbesitzer angewiesen. Jetzt will der Magistrat über die Regierung die zwangsweise Rationierung der großen Wohnungen vornehmen und braucht für diese Umbauten 60 000 Mark.

Stadtv. Henke geht es mit der Wohnungszuteilung zu langsam. Das Stadtbauamt müsse dauernd geschoben werden. Gebrochen werden müßte auch mit dem System, daß erst die Häuser gebaut werden, damit das Stadtbauamt weiß, wohin die Straßen kommen.

Stadtbaurat Paulmann erklärt, daß vielleicht schon die nächste Stadtverordnetenversammlung ein Siedlungsprojekt beschäftigen werde. Im übrigen seien bis Oktober 1918 etwa 120 Wohnungen in Dachgeschossen, Läden und Kellern geschaffen worden. Zur Zeit seien in Röslin etwa 380 Familien Wohnung, 190 hat das Stadtbauamt bereits vermittelt.

Die Vorlage wird gemäß dem Beschluß der Finanzkommission angenommen.

### Abänderung der Bedingungen hinsichtlich des geplanten Chausseebaues Buchwaldchausee-Jamund.

Die Stadt soll nunmehr 15 000 Mark zahlen, den Grund und Boden für die Chaussee hergeben (das ist im großen und ganzen der bisherige Fahrweg) und für die Buchwaldstrecke die Materiallieferung an Kies und Steinen usw. übernehmen.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden.

### Die Neuschaffung einer Vollziehungsbeamtenstelle und ihre Befehung durch den Lagerverwalter Radtke, sowie die Neuschaffung einer Wertmeisterstelle

und ihre Befehung durch den Vorkühler Konradt findet ebenso die Zustimmung der Versammlung wie die

### Veretzung des Nachtpolizeiwachmeisters Radbag in eine Stelle für den Tagesdienst

und die **Lebenslängliche Anstellung der Magistratsassistenten Holz und Wegel.**

Ein Antrag über die **Veretzung eines Beamten in eine höhere Klasse** wird vom Magistrat zurückgezogen, da der Versammlung ein neuer Vorschlag für mehrere Beamte unterbreitet werden soll.

### Gewährung einer Kurkostenbeihilfe für einen Beamten.

Für den Stadtbauamtsassistenten S. werden 600 Mark bewilligt.

### Ernennung von Bureauaräumen für die neu zu bildende Veranlagungskommission.

Für die Kreise Röslin, Kolberg, Belgard und Schivelbein soll eine Veranlagungskommission mit dem Sitz in Röslin gebildet werden. Die Stadt hat natürlich reges Interesse, die neue Behörde nach Röslin zu bekommen. Gebraucht werden zwölf bis fünfzehn Bureauaräume. Als einziges Objekt kommt das Hotel „Deutsches Haus“ am Markt in Frage. Der Finanzausschuß empfiehlt die Annahme der Vorlage, die Versammlung stimmt zu.

### Herstellung eines Gleisanschlusses nach der Treptower Ziegelei.

Der Antrag war schon vor dem Kriege gestellt, ist im Kriege aber nicht zur Ausführung gekommen. Es handelt sich um einen Anschluß der in der Buchwaldstraße gelegenen Ziegelei an die Strandbahn. Treptow trägt die Kosten für Herstellung der Gleisanlagen, übernimmt die Unglücksversicherungskosten und deckt die Stadt überhaupt in jeder Hinsicht. Der Finanzausschuß empfiehlt im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Timm konnte sich nicht für die Vorlage erwärmen. Es könne bei dem starken Personenverkehr doch leicht ein Unglück geben. Auch würde die Vorlage der Ziegelei Treptow einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz bringen.

Erster Bürgermeister Dr. Pusch erwähnte, daß man 1813 es wohl ablehnen konnte, eine Bahn zu bauen, weil das Unglücksfälle geben könnte, aber nicht mehr in heutiger Zeit. Wir haben die Strandbahn gebaut, damit so viel als möglich durch den Verkehr belastet wird, und werden auch zwanzig Ziegeleien zu denselben Bedingungen den Anschluß geben.

Die Vorlage wird schließlich gegen eine Stimme angenommen.

### Der Verzicht auf zwei Vorverkaufrechte in Mocker und Wandhagen wird ausgesprochen.

### Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten.

Um die städtischen Beamten mit den staatlichen gleichzustellen, muß ein Betrag von 385 132 Mark ausgemorfen werden. Wie Stadtv. Schwarzkopf erwähnt, dürfte von dieser Summe der Staat etwa 180 bis 200 000 Mark tragen. Die Vorlage wird angenommen, die Kosten sollen aus dem Kriegsfonds bestritten werden.

### Erhöhung der Preise für Elektrizität.

Die Ueberlandzentrale Belgard hat nach einer Bestimmung der Reichsregierung vom Februar die Berechtigung, mit neuen Strompreisforderungen an die Stadt heranzutreten, und ruht diese Belegenheit aus. Es sollen jetzt für die Kilowattstunde Licht 80 Pfg., für Kraft 45 Pfg. bezahlt werden. Die Straßen- und Strandbahn darf dann auf keiner Strecke unter 20 Pfg. fahren. Alle diese Bestimmungen sollen mit dem 1. Mai in Kraft treten. Die Versammlung ist einverstanden. Eine rückwirkende Kraft der Erhöhung der Strompreise wird abgelehnt.

### Anträge verschiedener Art.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, denjenigen Stadtverordneten, die in Ausübung ihres Mandats einen Verlust

ihres Arbeitsverdienstes erleiden, eine allgemeine Entschädigung zu geben, wird dem Finanzausschuß überwiesen.

Ein zweiter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion fordert, daß der So bildungsschulunterricht in Zukunft nicht mehr Sonntags und abends stattfinden, sondern in die Arbeitszeit verlegt werden soll. Der Antrag wird einstimmig dem Magistrat zur Berücksichtigung und nochmaligen Vorlage an die Versammlung überwiesen.

Ein weiteres Schreiben des Landratsamtes, unterzeichnet Prüfer, macht auf Unstimmigkeiten bei der Kohlenversorgung aufmerksam. Der Magistrat wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Ein Antrag des Stadtv. Grünwald, bei der Regierung um Vergrößerung der Schuldeputation um je einen Stadtverordneten und ein Magistratsmitglied vorstellig zu werden, wurde angenommen.

### Zur Kenntnisnahme

gelangen stattgehabe Prüfungen der Stadthauptkasse, der Schlachthofkassa und der Kassen der technischen Werke.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und Stadtv. Vorsteher Parsch schloß mit Osterwünschen die Versammlung.

### Vermischtes.

— **Ein drastisches Mittel.** In einem Plakat, das in Danzig angehängt wurde, fordert jemand die Frauen auf, vernünftig zu bleiben, wenn schon die Männer verrückt sind. Wenn die Männer herumlungern, statt zu arbeiten, dann wäre es an der Zeit, ihnen einen „nassen Wischlober“ um die Ohren zu schlagen. Diese Mahnung wurde viel beachtet.

— **Schießerei in der Weinmeisterstraße in Berlin.** Bei ihren Streifzügen, die Regierungstruppen in den letzten Tagen täglich im Scheunendiertel unternommen hatten, um mit den wilden Händlern und Glückspielern gründlich aufzuräumen, stießen sie gestern nachmittag auf bewaffneten Widerstand. Als die Absperrung schon vorgenommen worden war, erhielten die Soldaten plötzlich Feuer von Dachschützen, die anscheinend dort das Erscheinen der Regierungstruppen erwartet hatten. Es entspann sich zwischen den Verbrechern und den Soldaten eine ziemlich heftige Schießerei, bei der vier Personen, drei Zivilisten und ein Soldat, getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Auf seiten der Regierungstruppen fiel ein Soldat. Nach der Schießerei wurde eine strenge Absperrung der in Frage kommenden Straßenzüge durchgeführt.

— **Raubanfall im Berliner Tiergarten.** Von zwei bewaffneten Soldaten überfallen und beraubt wurde nachts im Tiergarten der 23 Jahre alte Dreher Paul Bogelmann aus der Goltzstraße Nr. 11. In der Nähe des Zoologischen Gartens traten plötzlich zwei junge Burchen in Soldatenuniform dem P. in den Weg und forderten ihn unter Vorhaltung von Pistolen zum Stehen auf. Während dann der eine ihn mit angehängter Pistole an jeder Bewegung hinderte, plünderte der andere ihn vollständig aus. Sie raubten ihm eine braunlederne Geldtasche, einen grauen Rock, eine goldene Herrenuhr mit Kette, einen goldenen Damening und eine schwarzlederne Brieftasche mit zweihundert Mark bares Geld und für den Eigentümer wichtigen Papieren. Mit der Beute verschwanden sie im Dunkel des Tiergartens und entkamen, bevor der Ueberfallene Hilfe herbeiholen konnte.

— **Explosion eines Munitionsdopps.** Mittwoch vormittag 11 Uhr ereignete sich im Munitionsdopps Dietrichsdorf bei Kiel anscheinend bei Unschädlichmachung von Munition eine heftige Explosion. Die anliegenden Häuser wurden vollständig zerstört und in weiter Umgebung alle Fensterheiken zertrümmert. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen mehrere Personen getötet und 40 bis 50 verletzt worden sein. Einzelheiten fehlen noch.

— **Ein stenographischer Rekord.** Bei einem Wettstreiten, das kürzlich von dem Pitman-Stenographen-Verein veranstaltet wurde, schrieb ein amerikanischer Gerichtsberichterstatter, Hermann Stich, unter den strengsten Bedingungen fünf Minuten hintereinander mit einer Geschwindigkeit von dreihundert Worten in der Minute, und bei dem Uebertragen des Stenogramms machte er nur zwei unwesentliche Fehler, sodaß die Genauigkeit mit 99,9 Prozent bemerkt wurde. Die Leistung wird als die beste angesehen, die bisher jemals einem Stenographen gelungen ist.

### Aus der Reichshauptstadt.

— **Die Zukunft Berlins.** Allmählich dämmert es auch den guten Berlinern, was die Segnungen der Revolution für ihre bevorzugte Millionenstadt sein werden. Wenn man den Herren vom Kommunalfreiwort zu vertehen gab, daß die Stadt ihren Aufschwung doch wesentlich dem Umstände verdankte, daß Kurfürsten und Könige das Blühen und Gedeihen ihrer Residenzstadt besonders am Herzen lag, so wiesen sie mit Stolz auf den gewaltigen Aufschwung der Handels- und Industriezeit hin, die sich außerhalb der Sonne des Hofes entwickelt hätte. Und der Stolz des echten Berliner, den selbst der alte würdige Oberbürgermeister Zelle als besonderen Vorzug vor anderen Hauptstädten hervorhob, das Nachleben. Wer es nicht mitmacht, fand es zwar verbösend und ungesund, tat aber gut zu schweigen, wenn er nicht für einen Mäcker und Reaktionsär gehalten werden wollte.

Was nun? Und da ist es bezeichnend, daß in der „Vossischen Zeitung“, immer noch dem Blatt des alten Bürgertums, das sich in scharfer Weise stets als Bürger der Hohenzollern-Residenz fühlte, ein Mitarbeiter die Frage aufwirft, was wird aus Berlin? Er geht allerdings von dem Gake aus, daß der unglückliche Ausgang des Krieges alle unsere Großstädte schwer treffen wird. „Der frische Wille zur Weltwirtschaft ist gebrochen“, ihm verdankten sie ihren Aufschwung, sie müssen sich zurückbilden. Möglich, daß es dabei zu „wahrhaft fürchterlichen Rückschlagserscheinungen kommen wird“. Schon jetzt beginnen die Umwandlungen auch in Berlin, und da fürchtet Carl Seiffler, daß nur zurückbleiben wird, wer wegen Grundbesitzes, Amis- oder sonstiger Pflichten gebunden ist, oder wer noch in „einem trüben Wäutchen wohnt“.

Berlin öffnet seine Pforten dem Osten und läßt „Gorden aufsteigender Barbaren“ herein. Das sind die Kreise, die vor bald 40 Jahren Treitschke als hosenverkaufende Jünglinge kennzeichnete, ein Wort, das damals die Kreise der „Vossischen Zeitung“ als ganz ungeheuerlich empfanden. Aber schon vor fünf Jahren, als Gelberwerb und Vergnügungstaumel auf ihrer Höhe standen, machte sich der Einfluß der Galizier bemerklich, obgleich wir damals eine Regierung hatten, die der Einwanderung östlicher Elemente noch mißtrauisch gegenüberstand. Es waren nicht nur jüdische Händler. Die Arbeiter, besonders in der Schwerindustrie, die zuzogen, kamen durchweg aus dem Osten und auch wenn sie deutscher Zunge, waren sie oft rein slawischen Blutes. Sie stellten auch die Banden, die sich hemmungslos allen Verbrechen der „Roten Fahne“ und der „Freiheit“ hingeben. Diese „östlichen“ Kreise werden mehr und mehr das Leben in der „reinen Geschäftsstadt“ bestimmen, zu der die von höfischen Scharren befreite Stadt geworden ist. Wissenschaft und Kunst werden sie meiden und ruhigere Gegenden unseres Vaterlandes aufsuchen, wo noch wirklich deutsches Leben möglich ist. Wirkliche Fremde deutschen Wesens würden, wenn sich das erreichen ließe und nicht etwa das Deutschtum so gefunten sein sollte, daß es sich nirgends vor Ausländeret und fremdbestimmtem Wesen retten kann, das nur als Beirretung begrüßen. Aber in Berlin selbst wird es dann nur noch kleine Gruppen alter Leute geben, die sich an die Herbsparaden erinnern, zu der Fremde aus allen Ländern herbeiströmten, oder an Ordensfeste, wo auch der Säukmann oder Briefträger einmal bei Hofe speisen durfte. Als man noch den 18. Januar feierte und nicht den 9. November!

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptkassierer Alfred Schwitzer; für den übrigen redaktionellen Teil: Max Spangz für den Angeigenteil: Hans Reiffens. Druck und Verlagsanstalt: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Röslin.

### Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter Lucie mit dem Lehrer, Herrn Fritz Schmidt, beehre ich mich hiermit anzuzeigen.

Köslin, Ostern 1919.

Frau Baumelster Kersten geb. Dzegalowski.

Meine Verlobung mit Fräulein Lucie Kersten beehre ich mich hiermit anzuzeigen.

Crossen a. D., Ostern 1919.

Fritz Schmidt, Lehrer und Leutnant d. Res.

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch darauf hingewiesen, daß nach § 9 Absatz 2 der Anordnung betreffend Regelung des Fleischverbrauchs im Kreise Köslin Fremde, die hier zuziehen und Reisende, welche sich hier aufhalten, wenn sie direkt in Verkaufsstellen kaufen wollen, bei der Kartenausgabestelle vorerst auf ihre Fleischkarte die Bedrückung des Drucksiegels zu veranlassen haben. Ohne diese Nachholung darf ihnen in den Verkaufsstellen kein Fleisch usw. verkauft werden.

Gastwirtschaften usw. dürfen gegen Karte Fleisch usw. verabfolgen, ohne das dieselbe das Drucksiegel trägt.

Köslin, den 16. April 1919.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 15. d. Mts. findet am Sonnabend, dem 19. April, Fortsetzung der Sonderzuteilung an Fleisch statt. Die Ausgabe der Ausweise findet in der Turnhalle, Ringstraße, wie folgt statt:

von 8,30 bis 9 Uhr für den Rest des Bezirks 21,

von 9 bis 10 1/2 Uhr für Bezirk 18,

von 10 bis 12 Uhr für Bezirk 19.

Die Protokollausweise und die Fleischkarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Die Ausgabe des Fleisches erfolgt im Anschluß daran im Schlachthaus.

Köslin, den 17. April 1919.

Der Magistrat.

Der Vollziehungsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats Köslins.

### Brickettverteilung.

Am Sonnabend, dem 19. d. M., von 9-10 Uhr Schützenstraße und Schwarzer Berg,

von 10-11 Uhr Schulstraße und Seminarstraße,

von 11-12 Uhr Sophienstraße und Teichstraße.

Köslin, den 17. April 1919.

Der Magistrat.

### Paltenabfuhr

in den Forstereien Hammerwald und Kluf muß bis 1. Mai d. Js. beendet sein.

Der Forstmeister.

### Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 18. Juni 1919, vormittags 10 Uhr - an der Gerichtsstelle - Zimmer 46 - versteigert werden folgende im Grundbuche von

a) Seidel Band I Blatt 15,

b) Seidel Band II Blatt 26,

c) Seidel Band III Blatt 112

(eingetragene Eigentümerin am 4. Februar 1919, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: Fräulein Martha Jan d t in Kolberg, Weisenaustr. 4) eingetragenen Grundstücke

zu a) Bauerhof Nr. 4 in Seidel, bestehend aus Wohnhaus mit Hofraum, Hausgarten, Stall, Scheune und 31,90 ar Acker, Kartenblatt 1, Parzellen 672 284, 675 285, 286, 287, von insgesamt 45,70 ar Größe mit 174 Taler Reinertrag und 60 Mk. Nutzungswert im Werte von 5000 Mark, Grundsteuerrolle Nr. 2, zu 1) Weide in den Kreidebergen, Kartenblatt 1, Parzelle 464 43 von 1 ha 88 ar 20 qm Größe mit 0,25 Taler Reinertrag im Werte von 1200 Mk., Grundsteuerrolle Nr. 41,

zu c) Weide in den Kreidebergen und im Grundplan mit Wasser und Holzgang in den Gießbodenflächen, Kartenblatt 1, Parzellen 465 43, 804 125 a, 806 126 a, 729 128 von 3 ha 2 ar Größe mit 0,46 Taler Reinertrag im Werte von 500 Mk., Grundsteuerrolle Nr. 115.

Die die Grundstücke betreffenden Nachweisungen können auf der Gerichtsschreiberei eingesehen werden. Köslin, den 18. März 1919.

Das Amtsgericht

### Freiwillige Versteigerung.

In der Neuen Pom. Kontursache werde ich am Sonnabend, dem 19. d. Mts., mittags 12 Uhr, hier, Rogzower Allee 28 - ehem. Kaserne - ca. 400-500 Stück

Beerenkörbe öffentlich meißelnd gegen Barzahlung versteigern.

Köslin, den 15. April 1919.

Kühl, Gerichtsvollzieher, Eichenstraße 23.

### Brennholzverkauf

Sonnabend, den 19. April, Forst Darchminshagen.

Sammelpunkt Chauße Leimbach. Outoverwaltung.

### Auskunft umsonst bei

### Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerz, aber unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützt Hörtrömmeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Gänzlich unerfennbar.

Sanis Versand München 411

### Bettmöbel

Befestigung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Sanis-Versand München. 411.

### Nähfaden

schwarz u. weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Probekoll. 4.40 M. H. Stügge, München 45/138.

### Zahn-Praxis: Willy Reichel

Nachfolger: Martin Wlufka.

Atelier für künstlichen Zahnersatz  
Zahnschmerz beseitigen  
Plombieren

Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.

Köslin

Bergstr. 7, 1 Treppe. + Eingang Junkerstr. Telefon 416.

Datum der Zeitungsnummer.

P. T.

Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir die ergebenste Mitteilung zu machen, daß ich meine Zahn-Praxis, Bergstr. 7, 1 Treppe auf Herrn M. Wlufka, Berlin W, übertragen habe. Herr M. Wlufka wird die Praxis in denselben Räumen nach meinen betannten und sehr bewährten Prinzipien weiterführen und seine Patienten auf vorzüglichste, freundlichste Art persönlich behandeln.

Für das mir in allerreichstem Maße bewiesene Vertrauen danke ich sehr und bitte ich damit ebenfalls meinen Nachfolger auszuzeichnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Willy Reichel.

N. B. Meine ausstehenden Honorarforderungen übernahm Herr Wlufka.

Einige Notizen zur

### Trauerhymne v. Händel

am Karfreitag, 8 Uhr, in der St. Marienkirche.

Der erste Chor beginnt leise klagend mit den Altstimmen und dem Choral „Die Wege Zions trauern stumm“, welcher im Verlauf des Stückes als wandernder Cantus firmus eingebaut ist, über welchen hinlaufend die melodischen Gegenstimmen: „Und man weinet bitterlich“, und „Alles Volk nun klagt“ singen. In breiter Klangfülle auslaufend, endigt dieser musikalische Kunstbau mit den schmerzlichen Aufen „und man weinet bitterlich“. „Alles Volk klagt und beugt tief das Haupt auf den Grund“. So finden wir, was uns die Kunst geben kann: Ein Spiegelbild von Seelenzuständen, welches uns in edelster Weise erfreut und auf gute Gedanken bringt. Nach dem rührenden Klangged einer Damenstimme, welche um verlorene Brüder, Gatten, Söhne klagt, führt uns Händel durch symbolisch gemeinte Tonmalereien, die das Fimmern der Sterne verfinstern, zum Sternenhimmel. Hier im Anblick des Weltalls, „welches uns immer wieder mit Staunen und Bewunderung erfüllt“, wie Kant so schön sagt, finden wir den Gedanken an Erlösungshoffnung und Unsterblichkeit. „Ihr Name glänzt“, wie die Sterne am Firmament, singt der Chor, zuerst zaghaft, fast zweifelnd, dann zuversichtlich, aber immer noch in moil and nicht in der festen Zuversicht der Schluchzöde. Es folgt noch ein Gedanke an den Leib, der im Grabe zur Ruh kam. Hier findet Händel Töne von ergreifender Trauer; ohne Begleitung, wie ein Grabgesang, hebt der Chor an zu singen (im o capella Styl des ecce quomodo v. Gallus), wendet sich nun aber energisch vom Irdischen ab. „Ihr Ruhm lebet immerdar“, und im Schluchzöde hat die Seele den festen Glauben gewonnen, daß im Siegestranz der Ewigkeit der Held bei dem Schöpfer der Welt aufgehoben ist. - Der „Trauermarsch“ genannte Schlußsatz ist kein Trauermarsch im gewohnten Sinne, sondern ein feierliches Dur-Nachspiel mit eigenartig schöner, (wenn auch schlichter) Instrumentierung: Silbener Klang der drei Posauern wechselt mit dem elegischen Klang zweier Flöten und des Streichquintetts.

### Gemeindehaus (Gr. Saal).

Zu dem am 2. Feiertag, dem 21. 4., abends 8 Uhr, stattfindenden

### Lichtbildervortrag über Palästina

von Schultat Radtke

ladet ergebenst ein

der evgl. Arbeiterverein.

Eintritt pro Person 20 Pfg., Familien 50 Pfg.

Am Oster-Sonnabend, dem 19. April d. Js., halten die unterzeichneten Banken ihre Kassen und Geschäftsräume geschlossen.

Danziger Privat-Aktien-Bank  
Depositenkasse Köslin.

Ostbank für Handel und Gewerbe  
Depositenkasse Köslin.

Bin unter

Nr. 153 an das Fernsprech-Netz angeschlossen.

Hermann Weber, Mühlenhofstr. 51-53.

Ich bin Nr. 570 an das Fernsprech-Netz angeschlossen.

Rüter, Klavierstimmer, Bergstraße 32.

### Flügel, Pianos

Panzerplatte, Kupfersaiten, Eisenbeintasten, in schwarz, nußbraun, Eiche.

K. Klein, Junkerstraße 8.

!! keine Wanze mehr für me. 2.-

Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gef. gesch. Viele Dankschr. Doppelpad. M. 2.-. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: Drog. G. Gerndt, Hohetorstr. 17. Bei Eins. v. M. 2,40, oder Postcheckkonto Berlin 3126, portofreie Zus. nach auswärts durch Herrn. A. Groesfel, Berlin, Königgräber Str. 49.

### Arbeitsmarkt.

Landwirtschaftliche

### Arbeiter

stellt ein

Gut Todenhagen-Amt.

### Ein Wirtschaftler

der sich vor keiner Arbeit scheut, sucht zum 1. 5. oder auch sogleich Stellung. Nähere Auskunft erteilt der Gemeindevorst.

Borghardt, Ristow.

Junges zuverlässiges

### Hausmädchen

für kleinen herrschaftlichen Haushalt sofort oder 1. Mai gesucht. Zu erfragen Böttcherstr. 17, bei Niedermeyer.

### Zuverlässig. Mädchen

bei guter Behandlung aufs Land sofort gesucht. Persönliche Vorstellung am Ostermontag vorm. 11 bis 12 Uhr im Pommerschen Hof.

Frau Kau.

Existenzsuchende wenden sich mit Rückporto an A. Stampader, München 23/116.

### Grundstücks- und Geldverkehr.

Meinen in Thunow gelegenen Bauerhof, ca. 70 Morgen, verkaufe oder verleihe am Dienstag, dem 22. April, von mittags 1 Uhr ab im dortigen Gasthose im ganzen, auch get eil.

Hermann Lüttschwager, Köslin, Quebestr. 4, Telefon 226.

### 25 000 Mark

auf sichere Hypothek sofort oder später zu vergeben.

August Stieler Nachf.

### Hypotheken

auf gut geleg. Grundstücke sucht Bankbeamter. Offert. unter „Selbstgeber“ an das Kösliner Volksblatt.

### Un- und Verkäufe.

Antikes Schreibspind (Birke) zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

1 Herren-Nähmaschine veräußert Runder Teich 23, Hof 1.

### Tiermarkt.

2 leichte Arbeitopferde 1 Reitpferd verkauft Lüttschwager, Queb. str. 4, Teleph. 226.

### Ein Pferd

und ein 2jährl. Fohlen verkauft Nagel, Parnow.

### Selegenschauf.

Verkaufe Kappstute 10jährig, 5 Fuß, 6 Zoll groß, geritten und gefahren, da etwas Rohrer, für nur 4000 Mark.

### Ein Pferd

und ein 2jährl. Fohlen verkauft Nagel, Parnow.

### Selegenschauf.

Verkaufe Kappstute 10jährig, 5 Fuß, 6 Zoll groß, geritten und gefahren, da etwas Rohrer, für nur 4000 Mark.

### Ein Pferd

und ein 2jährl. Fohlen verkauft Nagel, Parnow.

### Selegenschauf.

Verkaufe Kappstute 10jährig, 5 Fuß, 6 Zoll groß, geritten und gefahren, da etwas Rohrer, für nur 4000 Mark.

Turnverein Köslin  
Sonntag früh 6 Uhr (Ostern)  
Turnmarsch  
durch den Sollen.  
Abmarsch sämtlicher Abteilungen (auch der Frauenabteilung) von Turnhalle in der Moritzstraße.  
Der Vorstand

Krieger- und Landwehrverein Gudenhagen.  
Am 3. Osterfesttage, 4 Uhr mittags  
Vierteljahrsversammlung  
bei Gastwirt Boneh.  
Alle aus dem Felde heimkehrenden Krieger werden freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand

Siziker.  
Zu dem am 2. Feiertag stattfindenden  
Tanzkränzchen  
ladet freundlichst ein.  
Anfang 3 Uhr.  
Gastwirt Kraus

Wuffeken.  
Am 2. Feiertage  
Gr. Ball  
wozu freundlichst einladet  
Gastwirt Kraus

Wohnungen, Zimmer.  
Arbeiterwohnung  
mit Stallung und Gartenland zu vermieten.  
Mühlenwerke bei Köslin.

Kirchliche Anzeigen.  
St. Marienkirche.  
1. Osterfesttag, 20. April 8 Uhr Gottesdienst.  
Pastor Letten  
10 Uhr vorm. Beichte und Abendmahl.  
Pastor Bärne  
2. Osterfesttag, 21. April 8 Uhr Gottesdienst.  
Superint. Lic. Me  
10 Uhr vorm. Gottesdienst.  
Pastor Vanke  
Schloßkirche.  
1. Osterfesttag, 20. April 8 1/2 Uhr Garmiongottesdienst.  
Garnisonpfarrer He  
10 Uhr vorm. Gottesdienst, Beichte und heil. Abendmahl.  
Pastor Jo  
2. Osterfesttag, 21. April 10 Uhr vorm. Gottesdienst.  
Pastor Jo  
Kapelle des Kadettenhauses.  
1. Osterfesttag, 20. April 10 Uhr vorm. Gottesdienst.  
Pfarrer He  
Gemeindehaus.  
1. Osterfesttag, 20. April 10 1/2 Uhr Gottesdienst.  
Vitar Kun

Taubstummenlehre  
Jünglingsverein 8 Uhr  
2. Osterfesttag, 21. April 10 1/2 Uhr Gottesdienst.  
General-Superint. D. Repler-Bell  
Jungfrauenverein 8 Uhr  
Jünglingsverein 8 Uhr  
am Lichtbildervortrag des Arbeitervereins.  
Meisenlist.  
1. Osterfesttag, 20. April 8 1/2 Uhr Gottesdienst.  
Pastor Letten  
St. Georg-Hospital.  
10 Uhr vorm. Gottesdienst.  
Superint. Lic. Me  
Methodistengemeinde.  
1. Osterfesttag, 20. April 10 Uhr vorm. und abends 7 1/2 Uhr Predigt.  
Hilfsprediger Petri  
2. Osterfesttag, 21. April 10 Uhr vorm. Predigt.  
Freitag abend 8 Uhr Bibelstunde  
Hilfsprediger Petri  
St. Josephskirche.  
Ostermontag, 21. April 8 Uhr vorm. Militärgottesdienst.  
10 Uhr Hochamt. 3 Uhr Segen.  
Ostermontag, 21. April 7 1/2 Uhr Kommunionausstellung.  
10 Uhr Hochamt. 3 Uhr Segen.

Synagogen-Gemeinde  
Freitag abend Gottesdienst  
Kösliner  
Veranstaltungen.  
Freitag, den 18. April.  
Trauermusik abends 8 Uhr in St. Marienkirche, veranstaltet von Kantor Voigt.